



HESSISCHER LANDTAG

11. 09. 2012

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Antrag der Fraktion DIE LINKE

**betreffend Situation der syrischen Staatsangehörigen sowie
Staatenlosen aus der Arabischen Republik Syrien in Hessen
verbessern**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. den syrischen Staatsangehörigen und Staatenlosen aus der Arabischen Republik Syrien, die in Hessen leben oder aufgenommen werden, ein humanitäres Bleiberecht zu gewähren,
2. zu prüfen, wie syrischen Studierenden auch bei vorübergehend fehlendem Nachweis der Lebensunterhaltssicherung der Aufenthalt zu Studienzwecken weiterhin möglich ist,
3. dafür zu sorgen, dass keine Abschiebungen aus Hessen nach Syrien durchgeführt werden,
4. schnellstmöglich ihre Bereitschaft zu erklären, syrische Flüchtlinge in Hessen aufzunehmen,
5. sich im Bundesrat für eine bundesweite Regelung einzusetzen, die Flüchtlingen aus Syrien in Deutschland einen gesicherten Aufenthalt ermöglicht.

Begründung:

Seit fast einhalb Jahren tobt der Bürgerkrieg in Syrien. Immer mehr Menschen fliehen vor der Gewalt in die Nachbarländer. Laut UNO-Hilfswerk UNHCR suchen zurzeit mehr als 245.000 syrische Flüchtlinge Schutz in der Türkei und Jordanien sowie im Libanon und im Irak. Hinzu kommen mehr als eine Million Binnenvertriebene in Syrien selbst. Die Bundesregierung will bisher nur Flüchtlingen vor Ort helfen. Das Bundesinnenministerium hat im April bekannt gegeben, es sei "ratsam, vorläufig bis zur Klärung der Verhältnisse in Syrien tatsächlich keine Abschiebungen vorzunehmen". Einen endgültigen Abschiebestopp gibt es jedoch noch nicht.

Abschiebungen nach Syrien verbieten sich schon aus humanitären Gründen.

Nötig ist eine bundesweite Regelung, die Flüchtlingen aus Syrien in Deutschland einen gesicherten Aufenthalt ermöglicht. Ein erster Schritt wäre ein hessischer Abschiebestopp.

Wiesbaden, 11. September 2012

Die Fraktionsvorsitzende:
Wissler